

**Thüringer Ministerium  
für Wirtschaft, Arbeit und Technologie**

# **Zukunfts- und Innovations- programm (ZIP) Thüringen**

**- Politik für Wachstum, Arbeit und Innovationen -**

**03. Februar 2010**

# Gliederung

<b>POLITIK FÜR WACHSTUM, ARBEIT UND INNOVATIONEN</b>	<b>3</b>
Mit koordinierten Anstrengungen die Krise überwinden	3
Wesentliche Elemente für eine ökonomische Wende	5
<b>EIN ZUKUNFTS- UND INNOVATIONSPROGRAMM FÜR THÜRINGEN</b>	<b>7</b>
<b>Voraussetzungen für einen modernen Industriestandort schaffen</b>	<b>9</b>
Förderprogramme optimieren	10
Neugründungen von Unternehmen besser unterstützen	11
Forschungs- und Technologieförderung auf Innovations- und Markterfolg ausrichten	11
<b>Die Perspektive: Thüringen wird „Grüner Motor“</b>	<b>12</b>
Die Energiewende umsetzen	12
Dienstleistungs-, Beratungs- und Servicefunktion ausbauen	14
Tourismus in Thüringen stärken	15
<b>Beschäftigung und Arbeit in Thüringen sichern</b>	<b>15</b>
Tarifbindung stärken – faire Löhne und Gehälter zahlen	16
Gute Arbeit für Thüringen – neue Ausrichtung in der Arbeitsförderung	16
Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern	17
<b>Handlungsfähigkeit durch eine konjunkturorientierte Finanzpolitik sichern</b>	<b>18</b>
Liquiditätssicherung in der Krise bereitstellen	18
Revolvierende Fonds – Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung	20
Beteiligungs- und Eigenkapitalförderung forcieren	20

## **Politik für Wachstum, Arbeit und Innovationen**

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat noch einmal deutlich gezeigt, dass Märkte nicht ohne klare Regeln funktionieren. Das Verhältnis zwischen Staat und Markt muss daher neu austariert, die Rolle des Staates als Investor und Impulsgeber und Steuerungsinstanz gestärkt werden.

Klar ist: die deutsche und auch die Thüringer Wirtschaft müssen sich weiterhin an internationalen Märkten ausrichten, z. B. um die großen Chancen zu nutzen, die sich im Green-Tech-Bereich bieten. Die einseitige Außenorientierung der letzten Jahre steht auf dem Prüfstand.

Deutschland braucht eine Anpassung des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das verstärkt auch auf die Entwicklung der Binnenwirtschaft setzt.

Notwendig sind insbesondere Investitionen in Bildung und Zukunftstechnologien, eine an der langfristigen Produktivitätsentwicklung ausgerichtete Lohnpolitik und eine Steuerpolitik, die sich dem Ziel einer gerechteren Einkommensverteilung verpflichtet fühlt.

Es geht darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass neues nachhaltiges Wirtschaftswachstum entstehen kann, attraktive Arbeitsplätze in Thüringen geschaffen und die solidarischen Pfeiler unserer Gesellschaft gestärkt werden.

Das vorliegende Papier beschreibt Leitlinien und konkrete Projekte, an denen sich die neue Thüringer Wirtschaftspolitik orientieren wird. Ein zentrales Element dieser Politik wird ein intensiver Dialog über die wichtigen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und innovationspolitischen Fragen mit allen beteiligten Akteuren sein, im neu geschaffenen Wirtschafts- und Innovationsrat, aber auch in vielen anderen Gremien und Arbeitsgruppen.

In diesem Sinne steht das Papier am Anfang und nicht am Ende des Gestaltungsprozesses.

### ***Mit koordinierten Anstrengungen die Krise überwinden***

Die deutsche Wirtschaft hat als Folge der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Winterhalbjahr 2008/2009 den mit Abstand größten Produktionseinbruch der Nachkriegsgeschichte erlebt. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2009 preisbereinigt um 5 Prozent zurückgegangen. Ab den Sommermonaten hat sich die Wirtschaftsentwicklung stabilisiert.

Die etwas günstigere Entwicklung der letzten Monate und die mit 1,5 bis 2 Prozent leicht angehobenen Wachstumsprognosen für 2010 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die deutsche Wirtschaft nach wie vor in einem konjunkturellen Tal befindet.

Selbst wenn sich in diesem und im kommenden Jahr hohe Wachstumsraten von 2- 3 Prozent einstellen sollten, werden wir wahrscheinlich das Vorkrisenproduktionsniveau erst wieder 2012 erreichen. Trotz der eingetretenen Erholung gibt es noch kei-

nen selbsttragenden Aufschwung, eine Überwindung der Krise ist noch nicht in Sicht.

Es wäre zudem eine Illusion anzunehmen, dass das wirtschaftliche Deutschland nach der Krise einfach so weitergehen wird wie vor der Krise. Dies wäre nur das Rezept für die nächste Krise.

Es stellt sich zudem die Frage, ob das globale Wachstum das Niveau vor der Krise erreichen werden wird. Die USA wird über Jahre als internationale und europäische Konjunkturlokomotiven ausfallen, ob und in welchem Umfang dies andere Länder wie China, Japan kompensieren können ist unklar.

Deutschland braucht eine neue wirtschaftspolitische Perspektive. Im Jahr 2008 entsprach das Volumen der Exporte gut 47 Prozent des deutschen BIP. Wachstum entstand in den letzten Jahren wesentlich durch Überschüsse auf den Weltmärkten, die durch hohe Exporte und niedrige Importe erzielt wurden. Wichtige Bereiche der deutschen Wirtschaft, wie z.B. die Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Zulieferwirtschaft sowie die Chemiebranche sind im erheblichen Umfang von Exporten abhängig.

Zunehmend verlagern deutsche Unternehmen ihre Produktion auf die beiden perspektivischen Schlüsselmärkte (Daimler: USA; BASF: China) und die Tendenz, dass globale Unternehmen immer höhere Anteile der Beschäftigung und Wertschöpfung auf ausländischen Märkten erbringen, wird weiter zunehmen.

Deutschland hat mit seinen Handels- und Leistungsbilanzüberschüssen keinen Beitrag zur globalen ökonomischen Stabilität geleistet. Dies ist einerseits Ausdruck einer binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche, die z. B. durch eine mangelhafte Teilhabe der Beschäftigten an den Früchten des Exportwachstums und Reallohnverlusten verursacht wird.

Auf diese binnenwirtschaftliche wie auch globale Schieflage muss die Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren Antworten geben. Vor allem gehen von den Finanzmärkten weiterhin erhebliche Risiken für die Realwirtschaft aus. Die internationale Finanzmarktkrise ist nicht überwunden.

In Deutschland konnten im internationalen Vergleich die Auswirkungen des massiven Produktionseinbruchs auf dem Arbeitsmarkt bisher relativ erfolgreich abgefedert werden. Neben der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und dem besonnenen Verhalten von Unternehmen und Gewerkschaften bei der Nutzung von Instrumenten zur Beschäftigungssicherung hat auch die alte Bundesregierung mit ihren Konjunkturpaketen und sonstigen einen entscheidenden Beitrag hierzu geleistet.

Der mit diesen Paketen eingeleitete Paradigmenwechsel zu einer stärker nachfrageorientierten Konjunktur- und Wachstumspolitik muss fortgeführt werden, damit die deutsche Wirtschaft auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückfinden und Deutschland seinen Beitrag zum Abbau der bestehenden globalen Ungleichgewichte leisten kann, der die Weltwirtschaft stabiler macht.

Deutschland braucht eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen und wachstumswirksamen Ausgaben insbesondere für Bildung, eine Lohnpolitik, die sich am Produktivitätsfortschritt orientiert und eine Steuerpolitik, die zu einer gerechteren

Einkommensverteilung führt. Über die mit der so erreichten Stärkung der Binnenwirtschaft und die damit verbundene steigende Importnachfrage kann Deutschland im Euro-Raum eine Lokomotivfunktion einnehmen.

Derzeit muss davon ausgegangen werden, dass auch im Jahr 2011 noch kein dynamischer Wirtschaftsaufschwung einsetzen wird. Im Gegenteil: die Konjunkturprogramme laufen aus. Die Politik muss daher in 2010 ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen:

- das private Investitionen fördert,
- Impulse durch öffentliche Investitionen in Zukunftsbereichen wie Bildung und Klimaschutz setzt,
- Zukunftsbranchen und -technologien gezielt unterstützt,
- die Funktionsfähigkeit des Bankensektors durch wirksame Regulierungen wiederherstellt,
- eine Anschlussregelung für die Kurzarbeit schafft,
- Maßnahmen einleitet, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen und die Binnennachfrage stärken, sowie
- notwendige Reformen der Hartz-Gesetze vorsieht.

Die von der neuen Bundesregierung mit dem sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossenen Steuererleichterungen sind kontraproduktiv und gehen an den bestehenden Handlungsnotwendigkeiten vorbei. Die Entlastungen werden allenfalls geringe Wachstumswirkungen entfalten, aber die zur Stabilisierung der Wirtschaft und für zukünftiges Wachstum eminent wichtige Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Haushalte von Ländern und Kommunen wesentlich schwächen. Weitergehende Steuersenkungen würden einen solchen Trend verschärfen und die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen weiter schwächen.

### ***Wesentliche Elemente für eine ökonomische Wende***

Die Wirtschaftskrise zeigt erneut: Deutschland und die EU brauchen handlungsfähige Staaten und Institutionen, die Wachstums-, Investitions-, Innovations- und Beschäftigungsbedingungen verbessern. Dazu ist eine wirtschaftspolitische Perspektive erforderlich, die auch die Nachfrageseite einbezieht. Vor diesem Hintergrund ist ein Policy Mix zu erreichen, der Wachstum und nachhaltigen Strukturwandel vorantreibt und sich auf die folgenden Eckpunkte stützt:

#### ***1. Internationale Koordination auf europäischer Ebene***

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist global. Deshalb brauchen wir internationale und vor allem europäische Antworten. Konjunkturprogramme entfalten ihre volle Wirkung nur bei international koordiniertem Vorgehen. Als ersten Schritt ist eine wirksame Koordination der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik erforderlich. Notwendig ist eine konzertierte Aktion in Europa, mit der die EU-Länder gemäß der wirtschaftlichen Stärke Beiträge für mehr Wachstum, Investition und

Beschäftigung auf den Weg bringen und ein einheitliches Vorgehen im Bankensektor verabredet wird.

## **2. Das internationale Finanz- und Bankensystem erneuern**

Ein gut funktionierendes Banken- und Finanzsystem ist unerlässlich für eine stabile und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Es stellt Unternehmen und Institutionen Geldmittel bereit für notwendige und zukunftsorientierte Investitionen, indem es eine Vielzahl von kleinen Einlagen für die Kreditvergabe bündelt. Es trägt dazu bei, dass Risiken besser verteilt werden und ein höherer Innovationsgrad sowie Wachstum und Beschäftigung erzielt werden kann. Um dies künftig sicherstellen zu können, ist es notwendig, am erfolgreichen Konzept des mehrgliedrigen Bankensystems fest zu halten. Zukünftig sind die Geschäftsbanken und Investmentbanken organisatorisch zu entflechten. Der Eigenhandel der Investmentbanken muss beschränkt werden.

Wir brauchen eine Zulassungsstelle („TÜV“) für Finanzmarktprodukte jeder Art und staatliche Rating-Agenturen und einen vom Bankensystem finanzierten Bankensicherungsfonds (vgl. Jahresbericht des SVR).

## **3. Investitionen für die Zukunft**

Ein Mehr an Wachstum und Beschäftigung erfordert ein hohes Maß an Innovationen. Nur über die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Güter, die sich im nationalen und internationalen Märkten behaupten und ökologisch wie sozial nachhaltig sind, werden wir den erreichten gesellschaftlichen Wohlstand erhalten und ausbauen können. Dafür sind Investitionen in traditionellen Märkten wie in Zukunftsmärkten, in Bildung sowie sozialen Dienstleistungen unerlässlich. Investitionen in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, in Bildung und Ausbildung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

## **4. Gute Arbeit braucht eine neue Lohnpolitik**

Weiterhin gilt: Löhne sind in einer entwickelten Volkswirtschaft die zentrale Nachfragequelle. Deutschland leidet seit vielen Jahren an einer Nachfrageschwäche, weil die Spreizung in den Einkommen zu Lasten niedriger Einkommensgruppen zugenommen hat. Die Einkommen aus Löhnen und Gehältern stagnieren preisbereinigt seit Mitte der 90er Jahre, die Lohn- und Gehaltsquote am BIP ist rückläufig.

In einigen Branchen werden Löhne gezahlt, bei denen Arbeitnehmer nur durch die Aufstockerregelung des SGB II das Existenzminimum erreichen. Insbesondere Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor und müssen auch bei gleicher Arbeit Lohndifferenzen bis zu 25 Prozent hinnehmen.

Die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist eine Ursache der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche, die sich seit Jahren dämpfend auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland auswirkt.

Wir wissen, dass gerade durch eine finanzielle Stärkung von Personen mit geringen Einkommen eine höhere Konsumquote zu erwarten ist. Gleichzeitig gilt: Gute Arbeit verdient einen guten Lohn. Eine Erhöhung der Lohnquote hat zudem direkte Auswirkungen auf die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

## **5. Die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte erhalten**

Ein handlungsfähiger Staat ist nicht denkbar ohne eine solide Einnahmehasis, die einen dauerhaften Anstieg der Staatsverschuldung verhindert. Denn aus Zeiten der Krise kann sich ein Staat nicht herausparen. Er muss durch die Steuerpolitik eine ökonomisch vernünftige und faire Einkommensverteilung ermöglichen und er muss Mittel für die Infrastruktur und zukunftsorientierte Investitionen bereitstellen. Eine solide Finanzierung des Staates ist deshalb Voraussetzung für eine antizyklische Stabilisierung der Wirtschaft und zwingend notwendig für die Bereitstellung möglichst guter öffentlicher Dienstleistungen.

## **Ein Zukunfts- und Innovationsprogramm für Thüringen**

Auch in Thüringen hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise tiefe Spuren hinterlassen. Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6,3 Prozent im ersten Halbjahr war der Freistaat im Ländervergleich überdurchschnittlich stark betroffen. Auch der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war ausgeprägter als in anderen Bundesländern.

Auch in Thüringen versuchen die Unternehmen ihre Fachkräfte in der Krise zu halten. Die Nutzung betrieblicher Instrumente und der Kurzarbeitsregelung – im September waren gut 32.400 Beschäftigte in Thüringen in Kurzarbeit (Höchststand im April/Mai mit rund 44.000) – hat den Beschäftigungsabbau bisher begrenzt.

Dennoch lag die Zahl der Industriearbeitsplätze im dritten Quartal um 3,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. In einigen wichtigen Branchen wie der Automobil-/Automobilzulieferindustrie (-8,4 Prozent), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-10,6 Prozent), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (-9,2 Prozent) kam es zu einem deutlich stärkeren Abbau von Arbeitsplätzen. Hinzu kommt ein gravierender Arbeitsplatzverlust im Bereich der Zeitarbeit.

Die wirtschaftlichen Perspektiven für die Jahre 2010 und 2011 sind sehr unsicher. Das gilt für Thüringen wie für Deutschland insgesamt. Gleichzeitig steht der Freistaat vor einer Reihe struktureller Herausforderungen. Im statistischen Durchschnitt niedrige Arbeitsproduktivität, hohe Abwanderung, zu geringe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen, sind nur einige Stichworte.

- Thüringen braucht in dieser Situation eine Wirtschaftspolitik, die an sich wettbewerbsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze in der Krise sichert und zugleich durch Investitionen in Wissenschaft, Bildung, moderne Technologien und eine humane Arbeitswelt kraftvolle Impulse für ein neues, dynamisches und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum setzt.
- Der Staat muss in der Krise antizyklisch handeln. Das zeigt auch die Entwicklung der letzten Monate. Deutschland hat den historischen Wirtschaftseinbruch bisher nicht zuletzt durch das entschlossene Handeln der alten Bundesregierung in den Monaten um den Jahreswechsel 2008/09 vergleichsweise gut verkraftet. Auch Thüringen muss seine finanziellen Spielräume in den Jahren 2010 und 2011 nutzen. Es geht darum, durch Investitionen in die Zukunft die Wirtschaft zu stabilisieren und das Wachstumspotenzial zu stärken. Dazu muss auch eine temporäre Ausweitung der Verschuldung in Kauf genommen werden.

- In der Krise liegt für Thüringen auch eine Chance – wenn die Mittel, die die Wirtschaft stabilisieren, so eingesetzt werden, dass der Strukturwandel vorangetrieben und entschlossene Schritte zu einer wissensbasierten, ressourcenschonenden Wirtschaft gemacht werden. Gefragt ist eine neue Wirtschaftspolitik, die nicht fehlenden Mut und fehlende Ideen mit der schwierigen Haushaltslage rechtfertigt, sondern sich ihrer Verantwortung stellt und entschlossen handelt.

Eine zukunftsgerichtete Politik in und nach der Krise benötigt überzeugende Ziele und Maßnahmen. Wir wollen ein neues Verständnis dafür entwickeln, wie sich ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen miteinander verbinden lassen. Diese Leitgedanken zur Gestaltung der Thüringer Wirtschaftspolitik wollen hierzu einen Beitrag leisten. Sie sind von der Überzeugung getragen, dass Fortschritt und Gerechtigkeit zeitgemäß nur durch ein Mehr an Wachstum und Innovation erreicht werden können.

Kennzeichnend für eine solche Wirtschaftspolitik ist, dass sie konsequent die Menschen und die Unternehmen in den Mittelpunkt stellt. Die Menschen sind durch ihre Ideen, ihre Kreativität und ihre Motivation das wichtigste „Kapital“ der Wirtschaft. In Unternehmen vereinigen sich die Risikobereitschaft der Kapitalgeber mit der Leistungsbereitschaft und Qualifikation der Mitarbeiter. Nur so kann wirtschaftlicher Erfolg entstehen.

Politik und Verwaltung können keine Arbeitsplätze schaffen. Ihre Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Unternehmen erfolgreich entwickeln und alle Akteure angemessen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben können.

Kernelemente der neuen Wirtschaftspolitik für Thüringen sind:

- Intelligente Förder- und Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen durch die Förderung von Investitionen in modernste Anlagen, Unterstützung bei der Umsetzung von FuE-Vorhaben, bedarfsgerechte Finanzierungsangebote und Hilfen bei der Erschließung von Auslandsmärkten,
- attraktive Standort-, Infrastruktur, Investitionsbedingungen und ausreichendes Fachkräftepotenzial für Neuansiedlungen und eine serviceorientierte Verwaltung,
- eine ausgewogene Balance zwischen der gezielten Förderung von Wachstumsbranchen und der Stärkung traditioneller Wirtschaftszweige wie Handwerk und Handel,
- die Profilierung Thüringens als „Grüner Motor Deutschlands“, d. h. als dynamischer Standort für innovative, ressourcenschonende Technologien und erneuerbaren Energien
- mehr Wettbewerb im Energiebereich durch eine Stärkung der Kommunen als Energieversorger und -erzeuger.
- die Förderung des Strukturwandels und die Erschließung bisher nicht genutzter Wachstumspotenziale z. B. in der Kultur- und Kreativwirtschaft,



- faire Löhne und Gehälter als wichtiger Standortfaktor, um die Attraktivität Thüringens für Fachkräfte zu steigern und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken,
- höchste Priorität für Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung und damit verbunden verstärkte Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Familien zu unterstützen,
- neue Formen der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in die Gestaltung der Wirtschafts-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. im Wirtschafts- und Innovationsrat, der sich am 10. Dezember 2009 konstituiert hat,

### ***Voraussetzungen für einen modernen Industriestandort schaffen***

Thüringen ist Industrieland. Die Industrie ist seit Mitte der 90er Jahre der Wachstumsmotor der Thüringer Wirtschaft. Etwa jeder fünfte Arbeitsplatz in Thüringen ist ein Industriearbeitsplatz. Die Industrie ist darüber hinaus ein wichtiger Impulsgeber für andere Branchen wie das produktionsnahe Dienstleistungsgewerbe. Erfolge der Thüringer Industrieunternehmen auf überregionalen Märkten schaffen Kaufkraft und stärken so auch die regionale Wirtschaft.

Thüringen braucht eine Wirtschaftspolitik, die Wachstumschancen und Ansiedlungen stärkt.

- Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik. Angesichts einer steigenden Nachfrage nach größeren zusammenhängenden Flächen von mindestens 5 ha muss Thüringen seine Anstrengungen zur Entwicklung von Industrieflächen mit einer Mindestfläche von 50 ha ausbauen. Insbesondere in Nord- und Ostthüringen gibt es derzeit Engpässe bei der Verfügbarkeit geeigneter Flächen für Unternehmenserweiterungen und Neuansiedlungen.
- Derzeit läuft eine Überprüfung von möglichen Standorten, die von der LEG und von Kommunen/Regionen vorgeschlagen wurden. Im ersten Quartal 2010 soll eine Prioritätenliste erstellt werden, welche Standorte in den Jahren bis 2013 bevorzugt entwickelt werden sollen. Im zweiten Quartal soll mit der Umsetzung erster Projekte begonnen werden. Die notwendige Beschleunigung der Entwicklung von Großflächen setzt eine volle Kofinanzierung der vom Bund bereitgestellten Mittel für die GRW und die Aufstockung des Industrietitels (Zuweisung von Mitteln für Flächenankauf, Erschließungsmaßnahmen usw. an die LEG) im Jahr 2010 voraus. Integraler Bestandteil der in Angriff genommenen Großflächeninitiative ist es eine effektive Vermarktung der Flächen durch die Landesentwicklungsgesellschaft.
- Voraussetzung für eine zielgerichtete Förderung ist eine umfassende Potenzialanalyse. In einem „Zukunftsatlas 2020“ sollen daher die Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Thüringen erfasst und die wirtschaftlich besonders dynamischen und zukunftssträchtigen Branchen identifiziert werden. Der Zukunftsatlas ist eine wesentliche Grundlage für die zukünftige Ausgestaltung der Wirtschafts- und Innovationsförderung und die Erarbeitung eines ökonomischen Leitbildes für Thüringen.

Eine Wachstumsstrategie für Thüringen darf allerdings nicht allein auf die Industrie setzen. Die besondere Betroffenheit Thüringens von der aktuellen Wirtschaftskrise zeigt, dass das Wirtschaftswachstum in Thüringen auf eine breitere Basis gestellt werden muss. Ein Bereich mit erheblichem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial ist die Kultur- und Kreativwirtschaft.

- Die Kultur- und Kreativwirtschaft –Werbewirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Software/Games-Industrie, Designwirtschaft, Darstellende Künste, Architekten, Musikwirtschaft, Verlage und Buchhandel, Kunstmarkt, Filmwirtschaft und Presse – hat in Deutschland heute bereits eine vergleichbare wirtschaftliche Bedeutung wie die großen Industriesektoren Automobil, Maschinenbau sowie Informations- und Kommunikationstechnik. Nach einem vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten gibt es in diesem Wirtschaftsbereich derzeit rund 238.000 Unternehmen mit etwa 1 Mio. Erwerbstätigen (davon 763.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte).
- Ausgangspunkt für eine gezielte Politik zur Stärkung der Thüringer Kreativwirtschaft wird das Projekt einer „Potenzialanalyse Thüringer Kreativwirtschaft“ sein, das in 2010 zügig in Angriff genommen werden soll.

### ***Förderprogramme optimieren***

Investitionen in moderne Anlagen steigern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, schaffen und sichern Arbeitsplätze. Gerade in der Wirtschaftskrise leistet die Förderung einen wichtigen Beitrag, dass Unternehmen ihre Investitionspläne trotz verschlechterter Liquiditätssituation realisieren können. Die Förderung von Unternehmensinvestitionen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird daher auch in den kommenden Jahren das wichtigste Instrument der regionalen Strukturpolitik bleiben.

- Die Mittel für das GRW-Sonderprogramm der Bundesregierung, die zusätzlich bereit gestellt wird, werden wir voll ausschöpfen.
- Sämtliche vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel werden durch den Freistaat ko-finanziert werden.
- Die GRW soll auf der Grundlage einer Evaluierung (Auftragsvergabe im zweiten Quartal 2010) noch mehr zu einem Instrument zur Stärkung der technologischen Kompetenz der Unternehmen und zur Förderung des Strukturwandels gemacht werden. Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung des durch das GRW-Sonderprogramm in den Jahren 2009/10 eingeschränkt angewandten Zuschlagssystems z. B. durch die Aufnahme weiterer Kriterien.
- Bisher knüpften Zuschläge bei der Förderung z. B. an FuE-Intensität, Exportorientierung, Marktwachstum, zusätzliche Dauerarbeitsplätze und die Einbindung in Cluster/Netzwerke an.
- Ziel einer Weiterentwicklung ist insbesondere eine stärkere Förderung von Umwelttechnologien – beispielsweise soll eine höhere Förderung gewährt werden, wenn durch eine Investition die Energieeffizienz der Betriebsstätte oder des Produktes verbessert wird.

- Auch sollen über die Förderung stärkere Anreize für eine tariforientierte Entlohnung und eine stärkere Tarifbindung gesetzt werden.

### ***Neugründungen von Unternehmen besser unterstützen***

Unternehmerische Initiative und kreative Ideen für Unternehmensgründungen müssen besser unterstützt werden. Deshalb hat das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie mit den Vorbereitungen für eine Gründerinitiative begonnen. Erreicht werden soll eine bessere Koordinierung der Akteure und Angebote der Existenzgründungsförderung, ein Ausbau der Gründungswettbewerbe, die Einrichtung eines Gründermonitorings zur Abbildung des Gründungsgeschehens in Thüringen und eine spezielle Förderung innovativer Gründungsvorhaben.

- 2010 soll das eingerichtete Beratungsnetzwerk zum „Beratungsnetzwerk Gründen und Wachsen“ weiterentwickelt und eine bessere Beratung innovativer und technologieorientierter Gründungsvorhaben erreicht werden.
- Zu Beratungsleistungen der Hochschulen und Kammern soll eine Begleitung der Existenzgründer durch ein aufzubauendes Business-Angel-Netzwerk Thüringen hinzutreten.
- Vorgesehen ist die Anhebung der Förderquote bei den Existenzgründerpässen durch das Land und den Europäischen Sozialfonds von 75 auf 100 Prozent. Die Änderung wird derzeit mit den beteiligten Partnern abgestimmt.
- Darüber hinaus soll Existenzgründern und Kleinunternehmen der Zugang zu Krediten durch ein Kleinkreditprogramm erleichtert werden. Hierüber laufen Gespräche mit der Mikrofinanzagentur und der Thüringer Aufbaubank (TAB), die bei der Umsetzung des Programms kooperieren sollen. Die Mikrofinanzagentur hat hierzu einen ersten Businessplan vorgelegt. Das Programm soll in den nächsten Monaten starten.

### ***Forschungs- und Technologieförderung auf Innovations- und Markterfolg ausrichten***

Die Forschungs- und Technologieförderung verfolgt das Ziel, vor allem die FuE-Aktivitäten der mittelständischen Unternehmen zu erhöhen, damit der Mittelstand Wachstumspotentiale nutzen und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen kann.

- Die FuE-Förderung muss diesen Vorgaben durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung Rechnung tragen, ohne dabei andere Technologiefelder, die für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens ebenfalls von Bedeutung sind, aus der Förderung auszuschließen.
- Die in Thüringen etablierten Technologieschwerpunkte Optik/Photonik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Energie- und Umwelttechnik sowie Medientechnologie bereits als Förderschwerpunkte im Programm „Thüringen-Technologie“ enthalten. Neu aufgenommen werden soll der Schwerpunkt „Neue und energieeffiziente Antriebssysteme“.
- Die Thüringer Forschungs- und Technologieförderung wird weiterhin aus den Bestandteilen einzelbetriebliche Förderung, Förderung von FuE-Personal und Verbundförderung bestehen.

- Aufgestockt werden die Mittel insbesondere für die Unterstützung industrie-induzierter Kooperationen, weil mit ihrer Hilfe Betriebsgrößennachteile der Unternehmen kompensiert werden können.
- Die Förderung von FuE-Verbundvorhaben soll im Zeitraum bis 2013 aufgestockt werden. Die Ausweitung von FuE-Verbundvorhaben zielt darauf ab, Wirtschaft und Wissenschaft in Thüringen intensiver als bisher zu vernetzen. Besonders vielversprechend und auch Bestandteil der Verbundförderung sind technologieübergreifende Kooperationen. Gerade in den weitgefächerten Bereichen der Energie- und Umwelttechnologien kann eine interdisziplinäre Zusammenarbeit bspw. mit der Messtechnik oder der Materialforschung zu vielversprechenden Ergebnissen führen.
- Im Rahmen der Verbundförderung werden neben den FuE-Verbundprojekten Koordinierungsstellen industriegetriebener Netzwerke und Cluster gefördert. Die Koordinierungsstellen nehmen eine wichtige Funktion im Technologietransfer wahr, weil sie gerade kleinen und mittleren Unternehmen den Weg zu Kooperationen insbesondere auch mit Forschungseinrichtungen ebnen. Sinnvoll ist eine Ausweitung der Förderung auf länderübergreifende Netzwerke und Cluster, weil Unternehmenskooperationen nicht an Ländergrenzen halt machen.
- Wachsende Bedeutung kommt mit Blick auf die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte auch der Förderung von FuE-Personal zu. Die Förderung soll insbesondere KMU in die Lage versetzen, benötigte Spitzenkräfte durch marktgerechte Angebote an sich zu binden.

Sinnvoll ist auch, das Lehr- und Forschungsangebot der Thüringer Hochschulen stärker an den Bedarf der Wirtschaft anzupassen und durch die Bereitstellung von Stiftungsprofessuren Lücken im wirtschaftsspezifischen Lehr- und Forschungsangebot zu schließen.

### ***Die Perspektive: Thüringen wird „Grüner Motor“***

Thüringen will sich nicht nur zu einem führenden Produktionsstandort für innovative grüne Produkte entwickeln, sondern fortschrittliche Umwelt- und Erneuerbare-Energie-Technologien für die Energieversorgung und Ressourcenschonung im Lande auch einsetzen.

Zu den wichtigsten Leitmärkten der Zukunft gehören u. a. eine umweltfreundliche Energieerzeugung, Energieeffizienz sowie Rohstoff- und Materialeffizienz. Das Programm „Thüringen-Technologie“ bietet die Möglichkeit, Projekte Thüringer Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Energietechnologien wirkungsvoll zu fördern.

### ***Die Energiewende umsetzen***

Thüringen weist bereits heute beim Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung überdurchschnittliche Werte auf. Es besteht ein differenziertes Bild in der Nutzung, den größten Beitrag zum Energieverbrauch leistet derzeit Biomasse (82 % in 2007). Photovoltaik, Solarthermie und Geothermie liegen hingegen nur in einem Anteil zwischen 0,3 und 0,5 %.

Der Anteil der Erneuerbaren Energie insgesamt am Gesamtenergieverbrauch lag 2007 bei 16,2 %. Ziel ist es, ihn bis 2020 auf zu 30 % zu steigern. Die Energieproduktivität hat sich gegenüber 1991 um 99,5 % erhöht (Deutschland insgesamt 39 %). Angestrebt wird nun, gegenüber 2006 die Energieproduktivität um weitere 30 % zu verbessern.

Die Solarwirtschaft ist eine Erfolgsstory für die Neuen Länder. Hier nimmt Thüringen bereits heute eine Spitzenstellung ein. Die industriepolitische, regionalpolitische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Branche ist erheblich. Allein in Thüringen stehen mehrere Projekte mit einem Investitionsvolumen in Höhe von rd. 1 Mrd. EUR und über 2.000 neuen Arbeitsplätzen in Aussicht. Damit diese realisiert werden können, bedarf es verlässlicher wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen.

Daran gilt es anzuknüpfen, denn eine den Klimaschutz und die Verknappung und Verteuerung fossiler Energieträger berücksichtigende nachhaltige und sichere Energieversorgung erfordert einen deutlichen Wandel.

- Der Energiebedarf des Landes muss zunehmend mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Daher soll ein Leitbild „Energiewelt Thüringen/Grüner Motor Deutschlands 2020“ formuliert und daraus abgeleitet ein Energiekonzept für Thüringen erstellt werden, das den verstärkten Einsatz von Solarenergie, Biomasse, Windkraft, Wasserkraft und Erdwärme an der Deckung des Energiebedarfs vorsieht.
- Ein zentrales Projekt ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Energie-Agentur, die als zentrales Kompetenz-, Beratungs- und Informationszentrum Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Kommunen und Verwaltungen sowie private Verbraucher in Fragen rund um die Themen Energie, Klima und Green-Tech beraten soll. Die Agentur, die bei der LEG Thüringen angesiedelt sein wird, soll z. B. den Einsatz grüner Technologien in Thüringen vorantreiben, FuE-Projekte unterstützen, die Weiterentwicklung der Thüringer Green-Tech-Branche begleiten und die Entwicklung von Klimaanpassungsstrategien fördern.
- Allein im Bereich Photovoltaik sollen im Zeitraum des laufenden EFRE-OP Fördermittel i. H. von 10 Mio. € eingesetzt werden (Für die Umsetzung des Spitzencluster-Konzepts „Solarvalley Mitteldeutschland“ stellt das BMBF darüber hinaus Fördermittel i. H. von 40 Mio. € zur Verfügung.). Darüber hinaus sollen bis zum Ende des ersten Quartals 2010 Vorschläge für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsförderinstrumentariums zur Unterstützung grüner Technologien entwickelt werden.
- Um die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Erneuerbaren Energien transparent zu machen, soll ein Potential-Kataster für Erneuerbare Technologien in Thüringen erstellt werden, das im zweiten Halbjahr 2010 vorliegen soll.
- Ferner wird ein Energieeffizienzprogramm aufgelegt, um die Effizienzpotenziale bei Gebäuden, in der Industrie und in anderen Bereichen identifizieren und durch geeignete Maßnahmen ausschöpfen zu können (Investitionsprogramm „Energieeffizienz für KMU“ Kofinanzierung durch EFRE). Das Programm wird das Angebot der KfW ergänzen und eng mit den Regionalpartnern der KfW abgestimmt.

- Schließlich soll die Initiative „1000-Dächer-Programm Photovoltaik“ dazu beitragen, dass von der Thüringer Solarindustrie anspruchsvolle Photovoltaikprojekte umgesetzt werden können.
- Wir unterstützen das Cluster „Solarvalley Mitteldeutschland“ mit Sitz in Thüringen.
- Wir wollen einen zusätzlichen Lehrstuhl für erneuerbare Energien einrichten. Durch weitere Stiftungsprofessuren gemeinsam mit der Wirtschaft sollen die notwendigen wissenschaftlichen Kapazitäten geschaffen werden.

### ***Dienstleistungs-, Beratungs- und Servicefunktion ausbauen***

Die Verwaltung soll Bürger und Unternehmen im Alltag unterstützen und ihnen keine unnötigen Hindernisse in den Weg legen. Wirtschafts- und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung sind ein dauerhafter Handlungsauftrag. Dazu gehört die Entlastung von überflüssigen Vorschriften ebenso wie die effektive Betreuung der Unternehmen durch Behörden und Landesgesellschaften.

Bürokratieabbau ist mühsam. Verbesserungen lassen sich nur in kleinen Schritten erreichen. Viele Vorschriften sind zudem Vorgaben des Bundes- und EU-Rechts und damit von den Ländern kaum zu beeinflussen. Auch kleine Erleichterungen sind wichtig. Der Bürokratieabbau wird eines der zentralen Themen des Mittelstandsförderprogramms sein, das im ersten Halbjahr 2010 auf den Weg gebracht wird.

Eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik muss auf Langfristigkeit, Kontinuität und Schwerpunktsetzungen in der Branchen- und Technologieauswahl setzen. Besondere Beachtung sollte auch dem Ziel einer Etablierung und Stärkung von Wertschöpfungsketten zukommen.

- Notwendig sind daher eine intensive und systematische Beobachtung von Wachstums- und Technologiesektoren in ausgewählten Märkten, die Identifikation von Unternehmen mit Investitions-, Erweiterungs- und Verlagerungsabsichten, eine gezielte Einzelsprache potenzieller Investoren im In- und Ausland einschließlich einer professionellen Beratung und Betreuung im Ansiedlungsprozess. Auch müssen bereits angesiedelte Unternehmen weiter betreut werden.
- Ziel ist es, bei Ansiedlungen den Anteil der Unternehmen zu erhöhen, die neben der Produktion auch Leitungs- und Managementfunktionen in Thüringen ausüben und Forschung und Entwicklung betreiben.

Die Stärkung der Beratung für mittelständische Unternehmen gehört neben der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und dem Abbau von Bürokratie zu den zentralen Zielen eines Mittelstandsförderprogramms, das im ersten Halbjahr 2010 entworfen und in das auch die Gründerinitiative integriert werden soll. Die Beratungsstrukturen sollen durch die Weiterentwicklung des Beratungsnetzwerks optimiert werden (s. o.). Wichtige Beratungsfelder sind neben der Existenzgründungsberatung die Themen:

- Unternehmensnachfolge;

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben;
- Erschließung ausländischer Absatzmärkte. Die Thüringer Unternehmen sollen in enger Kooperation aller beteiligten Akteure noch stärker unterstützt werden, damit sie Absatzchancen im Ausland nutzen können.

### ***Tourismus in Thüringen stärken***

Die Tourismuswirtschaft trägt derzeit in Thüringen 4,4 Prozent zum Volkseinkommen bei (Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Thüringen“ vom Dezember 2009, Auftraggeber TMWAT) und ist damit ebenfalls ein wichtiger potenzieller Wachstumsträger. Tourismuspolitische Ansatzpunkte sind insbesondere:

- Profilierung Thüringens mit dem Ziel einer höheren Bekanntheit und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Entwicklung neuer, innovativer und zielgruppenspezifischer Angebote. Dazu gehört auch die Verbesserung der Zusammenarbeit der touristischen Akteure auf allen Ebenen.
- Professionelle themenorientierte Vermarktung Thüringens durch die TTG (Außenmarketing), mit Schwerpunkt insbesondere auf Aktiv-, Sport-, Gesundheits- und Kulturtourismus.
- Kontinuierliche Verbesserung der Qualität der Angebote und Serviceleistungen.
- Weiterer Ausbau der touristischen Infrastruktur; besondere Förderung überregional bedeutsamer Infrastrukturprojekte („Leuchtturmprojekte“).
- Stärkung der Stadt Oberhof als Wintersportzentrum und bekanntestes Ziel im Thüringer Wald.

Zentrales Projekt für die Weiterentwicklung der Tourismuspolitik ist die Erstellung einer neuen Tourismuskonzeption.

Mit Blick auf die vorgesehene Stärkung des Tourismus und seiner Strukturen soll in 2010 parallel zur Erarbeitung der Landestourismuskonzeption eine Evaluierung der TTG durchgeführt werden.

### ***Beschäftigung und Arbeit in Thüringen sichern***

2010 und die Folgejahre werden uns vor die Herausforderung stellen, angesichts einer nur langsam sich stabilisierenden konjunkturellen Entwicklung Beschäftigung zu sichern, die berufliche Qualifizierung zu erhöhen und zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um auch solchen Personen, die sich derzeit auf dem Arbeitsmarkt gravierenden Nachteilen gegenüber sehen, Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.

Eine breite, qualitativ hochwertige Schulbildung, eine fundierte Berufsausbildung, bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen sind Voraussetzungen für den Erfolg im Berufsleben. Aus- und Weiterbildungs- sowie Qualifizierungsangebote bleiben daher der wichtigste Schwerpunkt der Thüringer Arbeitsmarktpolitik. Die Weiterbildungs- und Qualifizierungsförderung aus dem ESF wird zur qualitativen Verbesserung des Fachkräfteangebots weiter gestärkt.

Um eine Verbesserung des Qualifizierungsstandes der Beschäftigten zu erreichen, sollen in den Bereichen Qualifizierung/Weiterbildung individuelle, auf die Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnittene, flexible Konzepte/Module entwickelt werden (für unterschiedliche Zielgruppen und Ziele, für berufliche Anpassungs- und Nachqualifizierungen und für die Hinführung zum Berufsabschluss).

Weitere Handlungsfelder sind praxisgerechte Angebote zur Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung (z. B. Reduzierung der Zahl der Angebote, verbindliche Qualitätsstandards, Integration der Maßnahmen in den regulären Unterricht) sowie die Förderung und Sicherung der Qualität der beruflichen Ausbildung (u. a. Fortsetzung der Förderung der überbetrieblichen Lehrunterweisung im Handwerk und der überbetrieblichen Ausbildung bzw. der Ausbildungsverbände).

### ***Tarifbindung stärken – faire Löhne und Gehälter zahlen***

Eine faire Entlohnung der Beschäftigten gehört zu den zentralen Zielen der neuen Thüringer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Faire Löhne und Gehälter sind ein wichtiger Standortvorteil. Sie begrenzen die Abwanderung, stärken die Kaufkraft, sorgen für einen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragenen Wettbewerb und machen den Standort Thüringen auch für Fachkräfte aus anderen Bundesländern attraktiver.

Das niedrige Lohn- und Gehaltsniveau in Thüringen ist auf strukturelle Gründe (insbesondere geringe Betriebsgrößen, Fehlen von Unternehmenszentralen mit hochqualifizierten und -bezahlten Arbeitsplätzen) und eine geringe Tarifbindung zurückzuführen. Daher kommt es zum einen vor allem darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU – z. B. durch die Förderung von FuE, Vernetzungsprozessen usw. – zu stärken und ihr Wachstum zu unterstützen. Zum anderen muss aber auch eine deutliche Erhöhung der Tarifbindung in Thüringen erreicht werden. Anzustreben sind darüber hinaus eine Ausweitung der Mitbestimmung als Grundpfeiler der sozialen Partnerschaft und Teilhabe der Beschäftigten sowie eine verstärkte Gründung von Betriebsräten in Thüringer Unternehmen.

- Es soll daher gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern in den ersten Monaten des Jahres 2010 eine Initiative für eine höhere Tarifbindung und eine erhöhte Tarifakzeptanz auf den Weg gebracht werden. Die Initiative soll in ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsbündnis für Thüringen eingebettet werden, das auch die Themen „Ausbildung“ und „Qualifizierung und Übernahme nach der Berufsausbildung“ aufgreift.
- Wichtige Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung sind die Erarbeitung eines Vergabegesetzes für die öffentliche Auftragsvergabe, das sowohl soziale und ökologische Belange als auch die Interessen der Wirtschaft und hier insbesondere des Mittelstandes berücksichtigt. Das Gesetz soll zur Jahresmitte vom Thüringer Kabinett und bis zum Jahresende vom Landtag beschlossen werden. Eingeführt werden sollen darüber hinaus stärkere Anreize für eine tariforientierte Entlohnung und Tarifbindung in den Förderprogrammen des Landes.

### ***Gute Arbeit für Thüringen – neue Ausrichtung in der Arbeitsförderung***

Arbeitslosigkeit kann nur durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bekämpft werden, die zur Schaffung attraktiver Arbeitsplätze beiträgt. Die Arbeitsförderung muss



Hilfen bieten, Arbeitslose wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen bzw. durch Qualifizierungsmaßnahmen die Voraussetzungen für die Übernahme einer neuen Beschäftigung schaffen. Insbesondere Langzeitarbeitslose müssen stärker gefördert werden, damit sie wieder eine Chance am Arbeitsmarkt bekommen.

- Ein neues Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen“ wird 2010 auf den Weg gebracht. Kennzeichnend wird für das Programm die Kombination der Betreuungs- und Qualifizierungsmaßnahme beim Träger mit – soweit möglich – Betriebspraktika und Qualifizierung „on the job“ sein. So soll frühzeitig Nähe und Kontakt zu Arbeitgebern erreicht werden. Um auch Zielgruppen mit multiplen Vermittlungshemmnissen zu integrieren, wird das Programm auf die partnerschaftliche Kooperation mit der Arbeitsverwaltung zwischen Unternehmen, Bildungsträgern und Teilnehmern setzen. Vorgesehen sind zwei Programmteile für unterschiedliche Zielgruppen:
- **Teil A „Arbeit für Thüringen“** für Langzeitarbeitslose, von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte, Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluss, Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, Ältere ab 50 Jahren mit Qualifizierungsdefiziten, Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Ziel: Integration von jährlich 2.000 Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.
- **Teil B „Zukunft Familie“** Integration von mindestens einem Elternteil in den Arbeitsmarkt (Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile arbeitslos sind sowie arbeitslose Alleinerziehende) durch eine Bezuschussung von jährlich 1.500 Arbeitsplätzen durch das Land und die Arbeitsverwaltung. Die Förderdauer soll bis zu 24 Monate betragen.
- Zur Umsetzung des Programmteils „Arbeit für Thüringen“ sollen in Abstimmung mit der Arbeitsverwaltung und unter Nutzung vorhandener Strukturen landesweit 23 „Regionale Integrationszentren“ eingerichtet werden. Pro Zentrum sollen drei bis vier „Integrationscoaches“ eine intensive Betreuung der Arbeitslosen sicherstellen, Arbeitslose aufsuchen, betreuen, motivieren, qualifizieren, Kontakte mit Arbeitgebern herstellen usw.

Darüber hinaus wird die bevorstehende Halbzeitevaluierung der im Operationellen Programm des ESF für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgesehenen Strategien und Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik für eine Weiterentwicklung genutzt.

### ***Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern***

Fehlende Fachkräfte dürfen nicht zum Wachstumshemmnis werden. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs gehört daher zu den wichtigsten Herausforderungen für die Thüringer Wirtschaftspolitik. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas – Handlungsfelder sind Allgemeinbildung, Berufs- und Studienwahlvorbereitung, Berufsbildung und Studium, Weiterbildung und Qualifizierung, Abwanderung, Migration und Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ist ein breiter Dialog aller betroffenen gesellschaftlichen Akteure notwendig.

Ein solcher Dialog wurde durch die Einsetzung des „Runden Tisches Fachkräftesicherung“, die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des TMWAT und der

Kammern und die für März 2010 vereinbarte Behandlung des Themas im neu gegründeten Wirtschafts- und Innovationsrat (WIR) bereits eingeleitet.

Folgende Maßnahmen sind, unabhängig von den Ergebnissen der Diskussionen in den Gremien, bereits vorgesehen bzw. eingeleitet:

- Aufbau eines landesweiten Fachkräftemonitorings (auf Grundlage der Fortschreibung der Fachkräftestudie 2010 (Auftragsvergabe im ersten Quartal 2010), des QualiService Thüringen, der zukünftig auch ein Bildungsmonitoring enthalten soll (Bildungsbedarf der Betriebe wird über die Qualifizierungsberater ermittelt, Einbeziehung strategischer Experteneinschätzungen z. B. zu Branchenschwerpunkten, Unternehmensbefragungen).
- Zusammenführung von Fachkräfteangebot und -nachfrage: Beide vorhandenen Systeme (Unternehmer- und Fachkräfteservice (UFaS) und Qualifizierungsberater) werden stärker verzahnt. Der UFaS wird evaluiert und ggf. weiterentwickelt.

### ***Handlungsfähigkeit durch eine konjunkturorientierte Finanzpolitik sichern***

Gerade in der Krise brauchen wir eine handlungsfähige Landespolitik und handlungsfähige Kommunen. Voraussetzung dafür ist, dass sowohl Land wie Kommunen im Rahmen einer konjunkturorientierten Haushaltspolitik ihre Möglichkeiten für Investitionen, Bildung und Arbeit ausschöpfen. Öffentliche Haushalte haben eine volkswirtschaftliche Funktion für mehr Wachstum und Beschäftigung. Kommt sie dem nicht nach, gefährdet sie die Existenz vieler Haushalte und KMU, verschärft damit die Krise und trägt dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit steigt, die Steuereinnahmen sinken und die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen.

Deshalb muss:

- die finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen gesichert bleiben;
- der Landeshaushalt seine investiven Möglichkeiten ausschöpfen und über die Kommunalen Fördermaßnahmen die investiven Möglichkeiten der Kommunen stärken;
- die vorläufige Haushaltsführung sicherstellen, dass Förderprogramme entscheidungsfähig und frühzeitig zu Beginn des Jahres zur Verfügung stehen.

### ***Liquiditätssicherung in der Krise bereitstellen***

Die Jahre 2010 und 2011 werden wesentlich von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt sein. Absehbar ist, dass die Unternehmensfinanzierung in der Tendenz schwieriger werden wird. Die Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Unterstützung von Unternehmen mit positiven Zukunftsaussichten, die durch die Krise in vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, hat daher höchste Priorität. Dabei kommen alle beihilferechtlich zulässigen Instrumente bis hin zu staatlichen Beteiligungen an Unternehmen mit zukunftsfähigem Geschäftsmodell in Betracht. Die Landesregierung wird gemeinsam mit der Thüringer

Aufbaubank ein Paket aus Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen schnüren, um die Thüringer Unternehmen wirksam zu unterstützen.

Dazu stehen folgende Instrumente zur Verfügung:

<b>GuW-Plus</b>	zinsgünstige Darlehen zur Investitions- und Betriebsmittelfinanzierung	<b>100 Mio. €</b>
<b>Thüringen Kapital</b>	Nachrangdarlehen für den kleinen Mittelstand	<b>50 Mio. €</b>
<b>Thüringer Liquiditätsprogramm</b>	Liquiditätsunterstützung für strukturelevante Unternehmen	<b>80 Mio. €</b>
<b>Globaldarlehn</b>	für eine zinsgünstige Refinanzierung der Banken und Sparkassen zur Kreditversorgung der Thüringer Wirtschaft	<b>200 Mio. €</b>
<b>Thüringen-Dynamik</b>	Besonders zinsgünstige Investitionsfinanzierung unter Nutzung von EFRE-Mitteln	<b>120 Mio. €</b>
<b>Bürgschaftsprogramm</b>	Landesbürgschaften für Finanzierungsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft	<b>200 Mio €</b>

Maßnahmen zur Liquiditätssicherung werden Schwerpunkt der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Innovationsrates im März 2010 sein. Bei der Konstituierung des Rates wurde eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingesetzt, die die Diskussion vorbereiten soll.

Vordringlich ist in diesem Zusammenhang neben der Sicherung einer angemessenen Mittelausstattung und der Verlängerung der 2009 befristet eingeführten Erweiterungen beim Darlehensprogramm GuW-Plus (Erhöhung der max. Darlehenssumme auf 2 Mio. €, Öffnung für größere Unternehmen), einer Ausweitung der Landesgarantien für das krisenbedingt stark nachgefragte Programm Thüringen Kapital (die gewährten eigenkapitalnahen Nachrangdarlehen können den Unternehmen den Zugang zu Fremdkapital erleichtern) vor allem die kurzfristige Schaffung flexiblerer Verfahrensregeln bei der Beantragung von Ausfallbürgschaften, um die üblichen Finanzierungsbedarfe mittelständischer Unternehmen effizient abdecken zu können. Die bisher eher restriktiv ausgestalteten Regelungen verhindern eine zügige Bearbeitung von Anträgen und haben dazu beigetragen, dass der Bürgschaftsrahmen des Landes (400 Mio. € in 2009) nur zu einem guten Drittel ausgeschöpft ist. Der Bürgschaftsrahmen sollte in 2010 mindestens auf der bisherigen

Höhe belassen werden (die Zuständigkeit für die Verfahrensregeln und die Festlegung des Rahmens liegt beim TFM).

- Im Zusammenhang mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Prüfung der Einrichtung eines „Forderungssicherungsfonds“ wird derzeit zunächst die Vergabe von Massendarlehen insbesondere im Rahmen von Insolvenzplanverfahren geprüft. Das Ziel ist die Bereitstellung eines zusätzlichen Instruments, mit dem die Finanzierung der Weiterführung von Unternehmen mit positiver Zukunftsprognose erleichtert wird.
- Das TMWAT wird ein „Sanierungsreferat“ als zentrale Ansprechstelle für Unternehmen und Betriebsräte einrichten, das die Instrumente zur Unterstützung der Unternehmen koordiniert und eine effektive Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und Einrichtungen unterstützt.

### ***Revolvierende Fonds – Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung***

Die Thüringer Wirtschaftspolitik muss sich darauf einstellen, dass die Mittel für die Förderung in den Jahren nach 2013 deutlich zurückgehen werden. Dies ist vor allem Folge der zu erwartenden niedrigeren Mittelzuflüsse aus den europäischen Strukturfonds in der 2014 beginnenden neuen europäischen Förderperiode. Verstärkt wird der Effekt durch die kontinuierliche Rückführung der Zuweisungen aus dem Solidarpakt II. Mittelfristig muss die Förderung daher verstärkt auf Förderdarlehen und Bürgschaften setzen. Die Gewährung von Zuschüssen wird an Bedeutung verlieren.

- Ein wichtiges Instrument, das stärker genutzt werden soll, sind revolvierende Fonds. Für die Auflegung der Fonds kann die noch günstige Mittelausstattung in der laufenden EU-Förderperiode genutzt werden. Die Rückflüsse in die Fonds stehen in späteren Jahren wieder für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung und erhalten so Spielräume für eine wirksame Förderung auch bei rückläufigen Mittelzuweisungen der EU und des Bundes. Nach dem in 2008 eingeführten, auf KMU ausgerichteten Programm Thüringen Invest wird in den nächsten Monaten das auf größere Investitionsvorhaben ausgerichtete Programm Thüringen Dynamik starten.
- Geprüft werden soll auch die Umsetzung eines Thüringer Mietfabrikprogramms als revolvierendes Fondsmodell. Die Möglichkeit der Anmietung auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittener Immobilien stärkt die Liquidität der Unternehmen und vergrößert ihre Spielräume für Investitionen in Innovationen und Arbeitsplätze.
- Im Laufe des Jahres 2010 wird das gesamte Wirtschaftsförderinstrumentarium mit Blick auf bestehende Möglichkeiten zur Umstellung auf „kosteneffizientere“ Förderansätze überprüft. Die Untersuchung dieser Frage wird auch Gegenstand der Leistungsbeschreibung für die Halbzeitevaluierung des Operationellen Programms EFRE sein (Zwischenbericht soll im September 2010 vorliegen).

### ***Beteiligungs- und Eigenkapitalförderung forcieren***

Die Bereitstellung von Risikokapital ist ein zentraler Baustein der Thüringer Wirtschaftsförderung. Das gilt gerade in der aktuellen Situation. Beteiligungskapital

führt Liquidität zu, erweitert die durch die Wirtschaftskrise bei vielen Unternehmen stark geschmälerte Eigenkapitalbasis und schafft so oftmals auch die Voraussetzung für den Zugang zu weiterem Fremdkapital. Kreditinstitute begründen ihre Zurückhaltung bei der Vergabe von Darlehen zur Investitions- bzw. Betriebsmittelfinanzierung häufig mit der zu geringen Eigenkapitalausstattung der Unternehmen.

Daneben ist Beteiligungskapital ein unverzichtbares Instrument zur Förderung insbesondere innovativer, technologieorientierter Neugründungen, die den Strukturwandel vorantreiben und neue Wachstumspotenziale erschließen.

- Im ersten Halbjahr 2010 soll der Beteiligungsfonds Private-Equity-Thüringen II (PET-II-Fonds) starten, der hälftig aus öffentlichen Mitteln und von privaten Kapitalgebern finanziert wird. Der Fonds wird zunächst ein Volumen von 40 Mio. € haben (das angestrebte Volumen von 70 Mio. € konnte aufgrund des derzeit geringen Interesses privater Investoren am deutschen Venture Capital Markt nicht realisiert werden – bisher liegt die Bereitschaft eines privaten Investors vor, sich mit 20 Mio. € in dem Fonds zu engagieren). Das Projekt wurde der EU-Kommission am 6. Januar 2010 zur beihilferechtlichen Prüfung vorgelegt.